

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Tarifverträge und Kriegssteuerung

Der Verband Berliner Baugeschäfte, der nicht dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angehört, erörtert in seinem Tätigkeitsbericht den Tarifvertrag während dem Krieg und das Streben der Arbeiter nach Kriegszulagen. Wir lassen diese Ausführungen, soweit sie von der „Baugewerkszeitung“, dem Organ des deutschen Arbeitgeberbundes f. d. B. wiedergegeben werden, im nachstehenden folgen:

„Es war natürlich, daß die Kriegserklärung eine ganz außerordentliche Steigerung der Zahl der Arbeitslosen mit sich brachte. Sie schwoll in den ersten Monaten zu einer Höhe an, die Sorgen erregte. Aus mehreren Umfragen, die wir zur Feststellung der von den Verbandmitgliedern beschäftigten Arbeitnehmer unternahmen, konnten wir die Erfahrung machen, daß der Rückgang stärker war, als wir vermutet hatten. Die Arbeitslosennote blieb bis in den Dezember hinein bestehen, eine erhebliche Abnahme der Beschäftigungslagen war nicht zu verspüren. In dieser Zeit erhielten sich die Tarifverträge als ein Segen für die Arbeiterschaft. Ohne die tarifliche Bindung der Löhne wären diese bei dem riesigen Angebot von Arbeitskräften bedeutend zurückgegangen, und es ist ein Beweis dafür, wie tief die tariflichen Abmachungen den Arbeitgebern in Fleisch und Blut übergegangen sind, daß die Löhne auch nicht einen Augenblick erschüttert wurden. Wie es die Tarifverträge vorsahen, wurde am 1. Oktober der Stundenlohn aller im Baugewerbe Groß-Berlins beschäftigten Arbeitnehmer um 2 Pfg. erhöht. Wenn es auch an sich nichts Nützenswertes ist, übernommene Vertragspflichten getreulich zu erfüllen, so hat doch die Tatsache, daß ein großes Gewerbe während eines Kampfes um Sein oder Nichtsein, als viele Hunderte von Arbeitnehmern sich vergeblich um Beschäftigung bemühten, eine allgemeine Heraushebung der Löhne vorantreibt, allgemeine Beachtung gefunden. Sie zeugt jedenfalls von der starken Disziplin und Vertragstreue der Arbeitgeber, und es darf erwartet werden, daß die Arbeitnehmerschaft in jedweder Lage den Tarifverträgen dieselbe Treue entgegenbringen wird.“

Das Streben nach Kriegszulagen zeigt sich neuerdings auch bei den einzelnen Arbeitnehmern, die zu vergessen scheinen, was sie den Tarifverträgen zu verdanken haben. Hier muß es heißen: „Hüte dich vor dem ersten Schritt.“ Ist erst die Grenze überschritten, dann steigt die Zulage von Monat zu Monat und die Tarifverträge werden vollkommen beiseite geschoben werden. Der Verband würde der zukünftigen Entwicklung der Tarifgemeinschaften einen schlechten Dienst erweisen, wenn er es nicht als seine Pflicht ansähe, allen Ansprüchen nach Lohn erhöhungen und Gewährung von Zulagen entgegenzutreten. Den Arbeitnehmern, insbesondere den Bauarbeitern, muß vor Augen geführt werden, daß alle derartigen Bestrebungen die Tarifverträge ernstlich gefährden und Wasser auf die Mühlen derselben treiben, die stets behaupten, daß der Wert der Tarifgemeinschaften für die Arbeitgeber sehr problematisch wäre, weil die Arbeitgeber zwar in schlechten Zeiten die Löhne innehalten müßten, während die Arbeitnehmer immer versuchen würden, wenn ihre Arbeitskräfte gesucht würden, sie ohne Rücksicht auf Tariflöhne so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Organisation des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat uns die Erklärung gegeben, daß sie den Lohnarbeitern fernsteht. Zwar stünde sie das Bestreben einzelner Arbeiter, ihren Verdienst zu erhöhen, im Hinblick auf die Steuerung der Lebensmittel menschlich verständlich, sie werde indessen den Tarifverträgen die Treue bewahren und ihren ganzen Einfluß zur Aufrechterhaltung derselben einsetzen. Diesen Erklärungen müssen wir Glauben schenken, und hoffen, daß die Tarifverträge die schwere Belastungsprobe des Krieges überstanden werden.“

In einem Rundschreiben an seine Mitglieder, das in derselben Nummer der Zeitschrift abgedruckt ist, ermahnt der Verbandsvorstand denn auch dringend, die durch die Tarifverträge festgesetzten Lohnsätze innezuhalten und führt dazu aus: „In dieser schweren Zeit ist ein einmütiges Zusammenhalten notwendiger denn je. Wer etwaigen Ansprüchen nach einer Lohnhöhung oder Zulage nachkommt, schädigt seine Berufsgenossen und beeinträchtigt alle unsere Bemühungen, die durch die Tarifverträge geschaffene Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Die Ansprüche der Arbeitnehmer nach einer Lohnzulage müssen als unberechtigt abgelehnt werden. In einzelnen Fällen mag dies un bequem sein, und hin und wieder zu Schwermüden führen. Dennoch muß die Rücksicht auf die Allgemeinheit allen anderen Erwägungen vorangehen.“

Die „Baugewerkszeitung“ findet diese Ausführungen für „beachtenswert“. Wir glauben kaum

fehl zu gehen in der Annahme, daß der Vorstand des Arbeitgeberbundes f. d. B. eine gleiche Stellung einnimmt, denn ähnlich wie in Berlin haben sich auch die Verhältnisse im Reich entwickelt. Wir haben dazu zu bemerken, daß ganz selbstverständlich an den bestehenden Tarifverträgen einseitig von niemand gerüttelt werden darf. Es bleibt ein Verdienst des Arbeitgeberbundes, daß er sich bei Kriegsausbruch energisch für die Aufrechterhaltung der Verträge eingesetzt hat. Das ist ihm, von Ausnahmen abgesehen, auch gelungen. Freilich hat das auch, wie die Entwicklung heute zeigt, in seinem Interesse gelegen. Denn heute liegen die Verhältnisse umgekehrt und ist es den Arbeiterverbänden untersagt, höhere Lohnansprüche ihrer Mitglieder mit ihren gewerkschaftlichen Machtmitteln zu unterstützen. Es würde auch gegen den Vertrag verstoßen, wenn einzelne Mitglieder durch Anwendung von Pressionen für sich allein einen höheren Lohn erzwingen wollten.

Andererseits liegen die Verhältnisse heute so anormal, wie sie durch keine irgendwie geartete wirtschaftliche Krise hervorgerufen werden können. Die Lebensbedingungen sind so außergewöhnlich erschwert, daß man es wohl begreifen kann, wenn der Arbeiter nach einem höheren Einkommen strebt. Das ist wirklich heute niemand als etwas höchst Tadelnswertes oder als etwas Unberechtigtes anzusehen, die Not treibt einfach dazu. Und wenn in solchen anomalen Zeiten, wie sie vielleicht nur alle hundert Jahre einmal vorkommen, zwei Vertragskontrahenten zusammenkommen und erklären, wir wollen aus höheren Gründen diesen Verhältnissen nur in etwa Rechnung tragen — ganz ist's ja niemandem möglich —, dann wird man diesem aus ganzem Herzen zustimmen müssen. Wir betonen, daß auf beiden Seiten dieser Wille vorhanden sein muß. Lehnt der eine Teil ab, ist der andere Teil nicht von den tausenden vertraglichen Verpflichtungen entbunden, sie bestehen unverändert weiter. Der schroff ablehnende Ton, der aus den Verlautbarungen des Verbandes der Baugeschäfte Groß-Berlins herausklingt, scheint uns nicht das Problem in seinem ganzen Umfang und seiner Tiefe zu erfassen, und auch den gezogenen Schlussfolgerungen vermögen wir nicht ganz zu folgen. Es verstößt nicht gegen die Vertragstreue und gefährdet nicht die geschaffene Ordnung und Sicherheit, wenn die Vertragsparteien in aller Freiheit sich über bestimmte, aus der Not der Zeit geborenen Fragen anderweitig verständigen.

Aus diesen Erwägungen heraus sind die drei am Tarifvertrag im Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen übereingekommen, an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mit dem Wunsche heranzutreten, mit ihm gemeinsam in Erwägung darüber einzutreten, wie der drückendsten Notlage der Bauarbeiter abgeholfen werden könne.

Die deutsche Seemacht

Der jetzige Weltkrieg beweist jedem, daß eine tüchtige Flotte für ein großes Staatswesen unerlässlich ist. Diese Einsicht in allen Volksschichten und Parteien hat die da und dort noch vorhandene Opposition gegen unsere Marine verstummen gemacht. Allseits werden vielmehr mit Bewunderung besprochen die Leistungen unserer Flotte, der Kreuzer und Unterseeboote, die Taten unserer Seehelden, eines Müde, Weddigen, Persingen und ihrer Mannschaften. Es war nicht immer so. Insbesondere jene „Sandratten“, die nichts wußten von den Zusammenhängen von Seemacht und Weltwirtschaft, und jene Volksschichten, die mürrisch deutscher Machtentwicklung entgegenstanden, waren gegen die Schaffung einer starken Flotte. Politische, wirtschaftliche und militärische Gründe waren es, welche die Opposition gegen die Flottenvorlagen ins Treiben führte. Die Art der konstitutionellen Behandlung der Flottengeschäfte, der Einwand, daß durch Festlegung des Schiffbauplanes auf eine Reihe von Jahren das Staatsrecht des Reichstages angefaßt werde, spielte ebenfalls eine nicht geringe Rolle. Dazu kamen die

nicht leicht zu nehmenden Fragen der Kostenbedeutung. Aber ohne Opfer keine Organisation, keine Werke, kein Erfolg.

Im Dänischen Krieg 1864 konnte das kleine Dänemark mit seinen Schiffen die deutschen Häfen blockieren und den Handel lahmlegen. Diese Tatsache veranlaßte die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M., zum Bau von Seeschiffen einen Kredit von 18 Millionen Mark auszuwerfen. Aber die alte Ohnmacht blieb. Die Zerfahrenheit im alten Reich, seine Geldverlegenheit war so groß, daß bereits 1862 ein Teil der Reichsflotte an Preußen verkauft, der andere Teil versteigert wurde. Aber auch in Preußen wurden den Bestrebungen der Regierung, die Flotte auf eine entsprechende Höhe zu bringen, im Abgeordnetenhaus Widerstand entgegengesetzt und der Flottenplan von 1862 abgelehnt.

Nach der Gründung des Norddeutschen Bundes trat die Regierung mit einem neuen Flottenplan an den Nordd. Reichstag heran. Zum Ausbau von Häfen, Anlegen von Befestigungen und zum Neubau von Schiffen wurden 112 Millionen Mark für den Zeitraum von 1868 bis 1877 verlangt; 105 Millionen Mark wurden schließlich bewilligt.

Im Kriege gegen Frankreich 1870/71 hatte die junge deutsche Marine einige Gefechte zu bestehen, die sie, gegenüber den starken Seestreitkräften der Franzosen, ehrenvoll bestand. Die militärischen Operationen wirksam zu unterstützen, war sie jedoch nicht in der Lage. Die damals gemachten Erfahrungen führten zu einer Aenderung des Planes von 1867, sowohl hinsichtlich des Küstenschutzes, der Schiffstypen usw. Das 1873 vorgelegte Flottenprogramm verlangte eine außerordentliche Ausgabe von 227 Millionen Mark, verteilt auf die Jahre 1873 bis 1882. 120 Millionen sollten verwendet werden zum Bau von Kriegsschiffen und deren Ausrüstung; 98 Millionen zu Werft-, Hafen- und Garnisonsbauten. Zur Begründung eines Teiles der Forderungen führte man an, daß eine nicht gesicherte Verbindung zwischen Nord- und Ostsee die Verteidigung der deutschen Küsten erschwere, ein Umstand, der durch den 1895 eröffneten Kaiser-Wilhelms-Kanal behoben ist. Panzerfregatten wurden angefordert, weil das damals noch nicht in deutschem Besitze befindliche Helgoland ein Stützpunkt der Gegner sein könnte. Zum ersten Male wurden 28 Torpedofahrzeuge angefordert. Der Reichstag genehmigte in der Hauptsache die gestellten Forderungen. Vom Jahre 1873 bis 1882 wurden für die deutsche Flotte aufgewendet eine Summe von rund 200 Millionen Mark im außerordentlichen Etat.

Ein Jahr vor dem Tode Kaiser Wilhelms I., am 1. April 1886, bestand die deutsche Flotte aus 13 Panzerschiffen, 14 Panzerfahrzeugen, 9 Kreuzerfregatten, 10 Kreuzerkorvetten, 5 Kreuzern, 4 Kanonenbooten, 4 Aviso, 10 Schulschiffen und Fahrzeugen, sowie 29 verschiedenen Fahrzeugen. Im ganzen waren vorhanden 98 Schiffe, bestückt mit 551 Geschützen und einem Besatzungsstab von 17000 Mann. Im Hinblick auf die Wirtschafts- und Machtentwicklung des Reichs erachteten viele die Flotte als zurückgeblieben und drängten auf Verstärkung.

Kaiser Wilhelm II. hatte schon als Prinz Wilhelm durch Vorträge in militärischen Kreisen eine besondere Vorliebe für die Marine bekundet und für eine Vergrößerung derselben zu wirken versucht. Bei seiner Thronbesteigung, am 15. Juni 1888, erließ er einen besonderen Befehl an die Marine und bekundete ihr sein „lebhaftes und warmes Interesse“. Anfangs Juli erfolgte bereits eine neue Uniformierung der Marine. 1888/89 wurde das Reichsmarineamt geschaffen, sowie eine besondere Fürbitte für die Marine im allgemeinen Reichsgebiet angeordnet. Im neuen Marineamt wurde alsbald eifrig an einer Denkschrift gearbeitet, die, nebst einem Flottenplan, 1889 dem Reichstag in Vorlage gebracht wurde. Nach diesem Plan sollten bis zum 1. April 1895 hergestellt werden: 4 große Panzerschlachtschiffe, 9 Küstenpanzer,

7 Kreuzerfortetten, 4 Kreuzer, 2 Aviso's und 2 Torpedobombardierboote. Die Kreuzerfortetten wurden vom Reichstag nicht genehmigt, im übrigen der Plan durchgeführt. Von 1889 bis 1895 wurden ausgegeben 188 Millionen Mark. In derselben Zeit stieg der Flottenetat von 39 Millionen auf 50,7 Millionen Mark.

Die der Flottenverfärbung entgegenstehenden Hemmnisse aller Art suchte der Kaiser durch sein persönliches Eingreifen zu überwinden. Anfangs 1895 lud der Kaiser eine größere Anzahl Reichstagsabgeordneter zu sich ins Schloß und hielt ihnen einen fast zweistündigen Vortrag über die Marine und deren Verstärkung. Bei der 35jährigen Jubiläumfeier zur Errichtung des Deutschen Reichs, am 18. Januar 1896, brachte der Kaiser einen Trinitätspruch aus, in dem er u. a. sagte: „Das Deutsche Reich ist ein Weltreich geworden. Ueberall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean.“ Zu den Abgeordneten gewandt, betonte der Kaiser schließlich: „An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern.“

Eine Anzahl der geforderten Schiffe wurde 1897 bewilligt, weitergehende Forderungen der Regierung aber abgelehnt. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Holtmann nahm darauf seine Entlassung und der Kaiser berief den damaligen Konteradmiral Tirpitz an seine Stelle, der heute noch das Amt mit großem Geschick leitet. Diesem gelang es 1897, das erste Flottengesetz im Reichstag durchzubringen, das den Schiffsbestand bedeutend erhöhte. Ein weiteres Gesetz fand am 14. Juni 1900 die Zustimmung des Reichstags. Es brachte eine Verdoppelung der Flotte. Die Marinevorlage 1908 setzte das Alter der Linienschiffe und Kreuzer auf 20 Jahre herab und regelte den Ersatzbau dieser Schiffe. Nach dem Flottengesetz vom 27. Juni 1912 soll die Schlachtflotte bestehen aus 1 Flottenflaggschiff, 5 Geschwadern zu je 8 Linienschiffen, 12 großen Kreuzern, 30 kleinen Kreuzern; die Auslandflotte aus 8 großen Kreuzern und 10 kleinen Kreuzern. Dazu kommen 151 Torpedoboote mit über 200 Tonnen und 70 Kleinere, eine Reihe der gefährlichsten Umlaufboote und andere Spezialschiffe. Vermutlich wird der Rat des Vizeadmirals a. D. R. Galster befolgt, der in seiner Schrift sagt: „Sobald Krieg ausbricht, müßte sofort ein umfangreicher Neubau beginnen, um die Unterseeerführung erweitern zu können.“

Das Vorhandensein unserer Flotte und die Seebefestigungen haben es unseren maritim viel stärkeren Gegnern unmöglich gemacht, uns anzugreifen und unser Landheer im Rücken zu bedrohen. Die vielgerühmte englische Seemacht wagt sich nicht heraus und muß stillliegen. Unsere vortreffliche Unterseebootflotte aber ist offensiv tätig und beunruhigt und schädigt die Gegner in empfindlicher Weise. So ist denn die deutsche Marine im jetzigen Weltkriege eine mächtige Waffe zum Schutze des Vaterlandes. Auch nach dem Kriege wird

sie für uns, namentlich in handelspolitischer Beziehung wertvoll sein und bleiben.

hell das Dunkel auf!

Zum Kapitel der Lebensmittelpreisbewegung finden wir in der bekannten Calveschen Korrespondenz folgende beachtenswerte Ausführungen:

„Durch die Tagespresse gehen gegenwärtig Betrachtungen über die Aussichten der diesjährigen Getreideernte, die sich über den Stand der Saaten in günstigem oder weniger günstigem Sinne äußern. Vor derartigen Berichten möchten wir dringend warnen, da die Unterlagen, auf denen die Berichte aufgebaut sind, so ungenügend sind, um die Ernteaussichten feststellen zu können. Wir sollten eigentlich aus den Erfahrungen, die wir mit den Ernte- und Vorratsrückständen des Jahres 1914/15 gemacht haben, gelernt haben, etwas vorsichtiger mit dem Aufstellen von Behauptungen vorzugehen und einzusehen, daß wir über diese für die Preisbildung und die Verproviantierung des Volkes so wichtigen Dinge noch recht wenig wissen, daß selbst die amtlichen Aufnahmen alles eher als einwandfrei sind. Das ist zwar alles schon vor dem Kriege gesagt worden, es ist während des Krieges auf diese Mangelhaftigkeit unseres Wissens hingewiesen und gewarnt worden, die bei den Ermittlungen sich ergebenden Resultate ernst zu nehmen, aber es hat alles nichts genützt: man hat sich um eine derartige Aufklärung nicht gekümmert und steht nun Ueberraschungen gegenüber, die auf dem Kartoffelmarkt besonders mißlich sind. Aber wenn's nach manchen Theoretikern und Praktikern, die mit sehr viel Selbstbewußtsein in die Arena getreten sind, gegangen wäre, so hätten wir unseren gesamten Schweinebestand abgeschlachtet, da die Schweine ja schon längst nach den schönsten statistischen Berechnungen alle Kartoffeln aufgefressen hätten. Soll nun im Erntejahr 1915/16 das Spiel, das die Unwissenheit bisher schon in überreichlichem Maße getrieben hat, wieder von neuem beginnen? Mit der Erörterung der Ernteaussichten fängt es an. Und da muß gleich entschieden darauf hingewiesen werden, daß derartige Prognosen ganz und gar willkürlich sind, da wir eben die Verhältnisse nicht so kennen, wie es nötig wäre, wenn man überhaupt allgemeinere will. Nicht einmal die amtlichen Saatenstandsberichte werden dieses Jahr veröffentlicht, aber selbst wenn das der Fall wäre, würden wir dringend davon abraten, sich auf diese Berichte zu verlassen. Sie sind nicht zutreffend und können nicht zutreffend sein, wie die Erfahrungen in den Friedensjahren hinlänglich gezeigt haben. Auch war die Art ihrer Veröffentlichung ebenso zu beanstanden, wie die ganze Organisation der Vegetation der Saaten. Jetzt in Kriegzeiten können wir nicht die Fehler wieder gutmachen, auf die seit Jahren immer und immer wieder hingewiesen wurde, ohne daß man es der Mühe wert fand, auf diese Kritik und auf die Vervollständigungsvorschläge zu hören. Es muß eine Aufgabe der kommenden Friedensjahre sein, die landwirtschaftliche Statistik zu ver-

bessern und weiter auszubauen. Für die Kriegszeit wäre es aber immerhin sehr wünschenswert, wenn die amtlichen Saatenstandsberichte, so richtig sie auch bis zu einem gewissen Grade sein mögen, bekannt gegeben würden. Sie böten für die Beurteilung der Ernteaussichten auch in ihrer Ungenügendheit noch immer eine bessere Grundlage als die gelegentlichen Beobachtungen von Sachverständigen, deren Gesichtskreis notwendigerweise ein kleiner sein muß. Man bedenke, daß alle am Getreidemarkt Interessierten sich eine Vorstellung über die Ernteaussichten machen und machen müssen. Je besser und breiter die Wissensgrundlage ist, auf der diese Vorstellung aufgebaut werden kann, desto günstiger und zutreffender wird die Preisbildung auf dem Getreide-, Mehl- und Brotmarkt beeinflusst, während im ungeliebten Falle den Preistreibern Tür und Tor geöffnet wird. Die falschen Einschätzungen der Ernteaussichten, der Vorräte, des Bedarfs und des Verbrauchs im Jahre 1914/15 waren der gegebene Boden, auf dem Preistreibern wuchern mußten. Es ist ganz verkehrt, die Personen, die dabei viel verdient und gewonnen haben, verantwortlich machen zu wollen. Sorgen wir doch lieber dafür, daß den Preistreibern der Boden, auf dem sie gebühten können, soviel wie möglich entzogen wird. Dies kann einzig und allein dadurch geschehen, daß wir unser ganz ungenügendes Wissen über Verbrauch und Bedarf, Vorräte, Ernteaussichten und Saatenstand verbessern und das Dunkel aufhellen, das die Preisbildung stets und ständig zum Nachteil der Konsumenten beeinflusst. Mühen wir uns daher vor Prognosen, die auf Grund ganz vereinzelter Beobachtungen gewonnen sind, aber viel Unheil auf dem Warenmarkt anrichten können, da sie ganz unkritisch hingenommen werden und um so eher geglaubt und propagiert werden, je mehr sie dem Interesse der Verkäuferseichten entsprechen.“

Allgemeines

Das Eiserne Kreuz erhielten folgende Kollegen: Adolf Nagymarczyk, Mitglied der Zahlstelle Kramelau; Bernard Bränter, Mitglied der Zahlstelle Waltrop; Franz Segmüller, Mitglied der Zahlstelle Eöln, Zimmerer; Wilh. Becker, Mitglied der Zahlstelle Winkels; Heinrich Desterwind, Mitglied der Verwaltungsstelle Essen, Sekt. Krupp. Unsern Glückwunsch.

Die Befestigung der Zuckerknappheit, die in der jetzigen Sauermilch- und Einmachzeit dringend zu wünschen ist, hat eine an den Stellvertreter des Reichsausschusses, Staatssekretär Dr. Delbrück gerichtete Delegation des Reichsausschusses für Konsumenteninteressen zum Ziele. Wie schon in seiner Eingabe vom Mai, so erbat der Ausschuss auch jetzt noch den Grund für den allgemeinen Indemangel in der spekulativen Zurückhaltung durch gewisse Industrie- und Großhandelskreise, die durch die bisherige Preispolitik außerordentlich begünstigt wurde. Gegen diese Bestrebungen, die der Ausschuss als eine große Gefahr für unsere Kriegswirtschaft ansieht, verlangt er in Uebereinstimmung mit Handelskreisen eine Änderung der bisherigen Bestim-

Einiges vom französischen und russischen Baugewerbe

Es mag eigenartig erscheinen, daß ich von den Kriegsjahren Eindrücke vom Baugewerbe schildern will. Und doch wird dieses erklärlich, weil wir in den Etappenorten uns mehr mit diesen Dingen befassen können als an der Front, war ich doch in Petrikau längere Zeit mit mehreren Kameraden unserer Kompagnie am Bau eines Magazins für die österreichische Heeresverwaltung als Maurer tätig. Es kann nicht meine Aufgabe sein, eine wissenschaftliche Abhandlung zu schreiben, sondern ich will lediglich Eindrücke schildern in der Annahme, daß es die daheimgebliebenen Kollegen interessieren dürfte.

Unser Bataillon untersteht, wie ich bereits mitteilte, dem Kommandanten des Feldheerbauwesens, und wir sind dauernd am Bau und an der Wiederherstellung von Eisenbahnen und deren Bauwerken, zusammen mit Eisenbahnbaukompagnien, tätig. Zunächst waren wir fünf Monate in Frankreich und sind jetzt über vier Monate hier in Russisch-Polen.

In den Städten und Orten Nordfrankreichs als auch hier in Polen herrscht die regellose Bauweise zu der Annahme, daß es sowohl hier wie dort eine Städtebauordnung, wie wir sie in Deutschland haben, nicht gibt. Besonders fällt dieses hier in Polen auf, da hier wie in Belgien und niederländische Kapitäne mit niedrigeren höheren Hochbauern abwechseln. Das eine Haus steht unmittelbar zur Straßenseite, während ein nebenan liegendes wohl hochgerade zur Straße, dafür aber zwei bis drei Meter vom Bürgersteig zurückgebaut ist. Selbst in den Hauptorten der Eisenbahnbauverwaltung, wie dies überall zu beobachten ist, sind die Städte gegen die Eisenbahnen gebaut, was auch nicht in so hohem Maße der Fall ist. Das Bauwesen in den Städten und den Eisenbahnbauwerken, so wie es gesehen, war meistens ein Bauwesen, das von den Bauarbeitern, die in den Eisenbahnbauwerken, hergestellt wurde, war auch in Eisenbahnbauwerken hergestellt. Das Bauwesen an den Eisenbahnen, die in den Eisenbahnbauwerken, hergestellt wurde, war auch in Eisenbahnbauwerken hergestellt.

gebäuden eines französischen Jägerregiments in Longhon, worin wir elf Wochen wohnten, machte einen unheilbaren Eindruck, weil die Ausführung recht mangelhaft war. Italienische Maurer, die, wie wir gesagt wurde, fast überall in Frankreich anzutreffen sind, hatten das Mauerwerk gemacht. Kollegen, die schon mit Italienern zusammen gearbeitet haben, wissen, daß die Italiener nicht viel Akkuratheit in der Arbeit zeigen. Die ganze Bauweise der fraglichen Kasernengebäude konnte nicht den geringsten Vergleich aushalten mit den Prachtbauten unserer deutschen Kasernen. Ja, es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß die Pferdebeställe in unseren Kasernen gesundheitlich besser ausgestattet sind, als die Mannschaftsräume dieses französischen Jägerregiments. Auch ein Beitrag zur Beurteilung der mangelhaften Fürtorge der republikanischen französischen Regierung. Macht das Mauerwerk so viel, daß man einen schlechten Eindruck, dann erst recht, wenn man dazu übergeht, solches abzubrechen. Beim Neubau des Bahnhofes in Bigneulle, einem Kreisstädtchen von 10000 - 15000 Einwohnern, südöstlich von Verdun gelegen, wurde viel Steinmaterial zur Befestigung der Straßen benötigt. Der Bahnhof war inmitten jumpfziger Diefen und Weinberge angelegt, und die gewaltigen Mengen Munition und Proviant, die an den Fronten rechts auf Verdun und links auf Toul zu benötigt wurden, erforderten gute Zufahrtsstraßen. Bigneulle hatte erg durch Artilleriefeuer und Brand gelitten und war meistens von den Einwohnern verlassen. Dasselbst haben wir über 200 mehr oder weniger beschädigte Gebäude, darunter das Rathaus und mehrere größere Geschäftsgebäude, abgebrochen, damit wir Straßen für die Zufahrtsstraßen des Bahnhofes bekamen. Die Gebäude waren alle aus Bruchsteinen errichtet; Fenster- und Türöffnungen und Haustüren waren aus Holzwerk hergestellt. Da wir in unserer Kompagnie eine Anzahl Arbeiter aller Fertige haben, waren wir in Spannung, ob sich der Abbau der Häuser leicht be- währigen ließe oder nicht. Der Feldmarschall der österreichischen Eisenbahnbaukompagnie, der wir damals zugehört waren, im Zivilberuf Zimmermeister aus der Gegend von Regensburg, sagte: „Da leiten wir uns eines starken Baues, jeder den ein der Vorder an und

drücken damit die Front oder den Giebel ein.“ — Es glaube zunächst wohl niemand von uns daran, daß dieses so leicht gegangen hätte. Aber wie die Winde angelegt war, so lag im Augenblick die Front oder der Giebel an der Erde; eine gewaltige Staubwolke folgte dem Einsturze. Dieses kam daher, weil der Mörtel aus kalkhaltigem Ton bestand und wenig Bindigkeit besaß. Nun kann es sein, daß durch den Brand der Häuser der Mörtel mürbe geworden war, aber auch im Innern der Mauer, also dort, wo das Feuer keine Wirkung hatte, war die Festigkeit des Mörtels nur ganz minimal. Die Gebäude wurden alle bis zur Erde abgebrochen, und ganze Straßen, wo Haus an Haus stand, haben jetzt nur einen Drahtzaun zu beiden Seiten und auf den Grundstücken ein Meter hohe Eisenstäbe, die die Nummern der dort gestandenen Häuser tragen. Wir haben oft unter uns darüber gesprochen, welche Gefühle jene französischen Soldaten beschleichen würden, die hier heimatisch sind, wenn sie nach Beendigung des Krieges zurückkehren und statt des Hauses nur die Hausnummer vorfinden, kein Ueberrest des heimatischen Herdes ist ihnen geblieben — den Armen! Die Stabilität des Mauerwerks beruhte einzig auf der enormen Mauerstärke und dem guten lagerhaften Steinmaterial. In Longhon, Moers, Chambley und Creus machten wir dieselben Beobachtungen beim Mauerwerk.

Vorteilhaft in Ausführung und Festigkeit sticht das Mauerwerk hier in Polen von dem in Frankreich ab. Das Mauerwerk an zerstörten Bahnhofgebäuden in Petrikau wie in Lohz, Woluschy, Baby und Gorkowice läßt an Festigkeit und sauberer Ausführung nichts zu wünschen übrig. Auf dem Bahnhof Petrikau sind außer dem Stationsgebäude, zwei Lokomotivschuppen, zwei Wassertürme, Beamtenwohngebäuden auch die große und schon gebaute Eisenbahnwerkstätte der Sprengmunition und dem Brande zum Opfer gefallen. Die großen schreitenden Bögen der Säulen und Fenster dieses Gebäudes sind fast alle unversehrt erhalten; ein Beweis für die gute Ausführung derselben. Auf den Dörfern Russisch-Polens sieht man wenig massive Gebäude, fast alle sind aus Holz errichtet, die Häuser sind sogenannte Blockhäuser. Wo man aber Mauerwerk antrifft, ist es besser ausgeführt als in Frankreich.

Arbeit soll der organisierte Dank der Heimatsgenossen zum Ausdruck kommen gegenüber denen, die im Feldzuge die allerhöchsten Opfer zu bringen hatten zum Schutze von Heim und Haus und Arbeit.

Weitere Auskünfte erteilt der Kollege Hermann Voigt in Dresden-N., Dammweg 4 I.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 11. Juli, der 19. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig ist.

Quisburg. In Nr. 25 unseres Verbandsorgans rebet ein Kollege aus dem Felde unter „Durchhalten“ unseren Mies-Gaunmachern und Drückbergern in der Organisation das Wort. Hier ist auch entschieden notwendig, die Frage einmal aufzuwerfen und zu untersuchen, aus welchen Mitgliedern sich diese rekrutieren. Gewiß hat der Krieg manchem den Kopf verdreht, so daß er nicht mehr weiß, was rechts und links ist, aber nach bereits elf Monaten müßte diese „Schwierigkeit“ doch überwunden sein. Leider zeigt sich sehr oft gerade das Gegenteil. In den rheinisch-westfälischen Gebieten haben wir in den Zahlstellen einen Stamm anfälliger und eine große Anzahl zugewandter Mitglieder. Nun zeigt es sich, daß wir unter den zuerst Genannten wohl auch Drückberger haben; diese Zahl ist aber nicht erheblich. Bei letzteren dagegen finden wir das Gegenteil, dort ist ihre Zahl ganz erheblich. Das ist in normalen Zeiten schon vielfach so, sehr ist es ein direkter Liebeshaß. Im ersten halben Jahr 1915 ist das An- und Abmelden fast gar nicht erfolgt. Ist ein Kollege da, der gewillt ist, das Versäumte nachzuholen, dann passiert es ihm nicht selten, daß er von den übrigen so schikaniert wird, daß er von selbst die Sache laufen läßt und denkt, macht, was ihr wollt. Würde die Anmeldung noch vollzogen, dann ist, wie uns Briefe zeigen, noch lange nicht der Beitrag gezahlt. Es ist vorgekommen, daß Mitglieder in diesem Frühjahr, als die Beitragszahlung begann, und auch später noch sich fünf bis sechs Wochen das Verbandsorgan in das Logis bringen ließen, den Hilfskassierer aber von Woche zu Woche mit der Zahlung vertrösteten. Trotzdem diese Gefellen wissen, daß der Beitrag unverkürzt für Unterstützung der Frauen und Angehörigen unserer im Felde stehenden Kollegen verpaßt wird, können sie nicht so viel Solidaritätsgefühl und Opferinn aufbringen, ihren Beitrag zu zahlen. Gewiß wollen wir nicht verkennen, daß es mandem mit größerer Familie heute schwer fällt, allen seinen Verpflichtungen als Familienvater nachzukommen. Auch den teilweise amezogenen Sparinn vieler wollen wir in Ehren halten, aber er darf nicht übertrieben werden, weil er dann in Geiz übergeht und großen Schaden auf wirtschaftlichem Gebiete für die Arbeiter nach sich zieht. Ebenso wie die persönlichen Verbandsaufgaben vernachlässigt werden, tritt auch die Agitation in den Hintergrund. Vor der Mobilmachung herrschte auf vielen Arbeitsstellen noch ein gesunder Werbegeist. Die Aufnahmeziffer in den beiden ersten Quartalen dieses Jahres in den einzelnen Zahlstellen dagegen zeigt uns deutlich, daß fast nichts unternommen wird, um das Wachstum des Verbandes zu fördern. Nun ist es natürlich, daß dort, wo nichts unternommen wird, der Indifferenzismus die schönsten Blüten treibt. Wo aber die Macht des Verbandes untergraben wird, schwindet auch das Ansehen der organisierten Kollegen. Die Folge davon ist, daß auch die Unternehmer, wie uns nachfolgendes Schreiben zeigt, die Vertragsbedingungen, ohne auf die Organisation Rücksicht zu nehmen, außer Kraft setzen. So schreibt die Firma Gebr. Bledmann-Linfort auf eine Beschwerde wegen Nichtzahlung des Lohnabchlages folgendes:

„Mit Bauern nehmen wir von dem Inhalt Ihres Schreibens vom 13. Kenntnis, da wir dasselbe nicht erwartet hatten; erst vor ganz kurzer Zeit haben wir auf der Baustelle durch Rundfrage festgestellt, daß alle Leute für die Dauer des Krieges mit der 14tägigen Löhnung einverstanden sind, auch nicht ein einziger hat sich bei der Rundfrage beschwert, um so mehr bestreitet uns Ihr Schreiben.“

Es ist uns andererseits auch nicht möglich, für die Kriegsdauer achtstägig zu lohnen, da wir dazu kein Personal mehr haben; alles ist zum Kriegsdienst eingezogen. Wir haben nur noch einen Buchhalter für unsere beiden Geschäfte; die Inhaber sind auch beide eingezogen; Techniker haben wir auch nur noch einen. Wenn man uns zwingen würde, ohne genügendes Personal mehr Bureauarbeit zurzeit zu leisten, als die Leute imstande sind, so bleibt uns leider nichts anderes übrig, als auf das Weiterarbeiten zu verzichten, da jowieso bei den heutigen hohen Materialpreisen von einem Verdienst keine Rede sein kann. Wir haben unsere Arbeiter schon bei Ausbruch des Krieges darauf hingewiesen, daß wir nur in ihrem Interesse solange wie möglich weiterarbeiten würden.

Unsere Stammarbeiter sind auch fast alles eingezogene Leute, die recht friedliebend sind; es kann sich daher bei dem ebenwähnten Beschwerdeführer nur um einen auswärtigen, frisch angefangenen und mit sich selbst unzufriedenen Mann handeln, worüber wir doch wohl eine Ansicht sind. Alle müssen durch den Krieg Opfer bringen; die nun hier von den Leuten verlangt werden, sind doch jeder nicht die schwersten und leicht zu ertragen.

Eine Abschlagszahlung, die von den wirklich bedürftigen Leuten mal ausnahmsweise gefordert wird, ist nie abzuschlagen worden; wohl kann dies mal der Fall gewesen sein bei einem, dem dies allmählich zur Gewohnheit wurde. Unsere höchsten Leute verlangen überhaupt keinen Zuschlag, der Zeitungen geben wir jedoch immer.

Wir hoffen nun, daß wir Sie zur Genüge entschuldigt haben, und bitten Sie, die Beschwerden in der

stehendem Sinne zu beruhigen, da mit Beendigung des Krieges alles wieder geändert wird.“ (Folgt Unterschrift.)

Wir sind die Leuten, die sich diesen Schwierigkeiten verschließen. Sie sind vorhanden, und nehmen wir darauf Rücksicht. Aber das Bezeichnende ist, daß sich die Firma über diese Bestimmung des Tarifvertrages hinwegsetzte, ohne sich mit dem Vertragskontrahenten, der Arbeiterorganisation, darüber in Verbindung zu setzen und eine Verständigung zu versuchen. Sie handelte eigenmächtig, setzte sich über die Organisation hinweg. Niemand kann uns verübeln, wenn wir in diesem Vorgehen Gefahren für die Zukunft erblicken.

Daß sich kein Arbeiter bei der Rundfrage beschwert hat, ist erklärlich, hätte er das getan, dann wäre er wohl die längste Zeit beschäftigt gewesen. Im übrigen können wir der Firma verraten, daß es nicht nur mit sich selbst unzufriedene, sondern auch solche von den recht Friedliebenden gewesen sind, welche sich beschwerten. Die Firma muß sich auch damit abfinden, daß es nicht nur Arbeiter gibt, denen die Abschlagslöhnung zur Gewohnheit geworden ist, sondern auch solche, die ihren verdienten Lohn alle acht Tage dringend notwendig gebrauchen. Des Pudels Kern ist, daß die Organisationsverhältnisse auf den Arbeitsstellen die denkbar schlechtesten sind. Aus dem Schreiben geht deutlich hervor, daß man nach der Organisation nicht zu fragen hat. Unsere Kollegen erfahren daraus, welche Zustände durch ihre Lauthheit einzuzeichnen können. Wenn alle so dächten, wie unsere oben bezeichneten, dann würden alle Erfolge verloren gehen. War es dann notwendig, daß ein großer Teil unserer Kollegen sich im Jahre 1905 17 Wochen lang auf die Straße werfen ließ, 1908 mit verblissenem Grimm bei der schlechten Arbeitsgelegenheit auf eine Lohnerhöhung verzichtete, trotzdem sie notwendig gewesen wäre,

nicht mehr in Arbeit treten konnten, weil sie zu „alt“ waren. Jetzt in der Kriegszeit dürfen die Arbeiter sogar 45 und 50 Jahre alt sein, angenommen werden sie. Jedoch nur aus dem Grunde, weil die Beschaffung von Arbeitskräften infolge der vielen Einberufungen zum Kriegsdienst und bei den Miesenaufträgen für Seeresisterungen außerordentlich schwer ist. Lebhaftige Klage wurde über die Firma Dr. Otto aus Dahlhausen geführt, welche Koksöfenanlagen und Reparaturen auf den Werken ausführt. Dieselbe hat auf ungefähr 10-15 Minuten Entfernung zwei Arbeitsstellen. Auf der neuen Baustelle zahlt sie den im April in Kraft getretenen Stundenlohn von 66 Pf., während sie auf der Reparaturstelle nur 64 Pf. zahlt. Unwillkürlich muß man sich fragen, wie kann in einem einheitlichen Lohngebiet bei einer Firma so etwas vorkommen. Die Ursache bildeten die dort beschäftigten Bauarbeiter. Auf der neuen Arbeitsstelle traten die dort beschäftigten Kollegen sofort nach dem 1. April an die Firma heran und verlangten den tarifmäßigen Stundenlohn, während man auf der Reparaturstelle es wohl dem Polier unterbreitete, damit aber glaubte, seiner Pflicht genügt zu haben. Die Hauptsache bilden die dort Beschäftigten, die ihren gewerkschaftlichen Pflichten während des Krieges so ziemlich aus dem Wege gegangen sind. Diejenigen, welche den Willen dazu haben, können sich nicht durchsetzen. Hätten die Kollegen nur einmal nachgerechnet, welcher Schaden ihnen durch die 2 Pf. Lohnverlust pro Stunde das ganze Jahr hindurch entsteht, müßten sie zu einer anderen Haltung kommen. Bei nur 2500 bis 2700 Arbeitsstunden bei Koksöfenarbeiten das Jahr hindurch gerechnet, beträgt der Schaden 50 bis 54 %! In die Organisation haben sie nur im Höchstfalle im Jahre 84 % zu zahlen. Trotzdem sie also noch einen Gewinn haben, sind sie so kurzsichtig und vernachlässigen ihre Interessenvertretung. Daß die Arbeitgeber ihre Geldbeutelinteressen auch bei den tariflich festgelegten Arbeiterlöhnen noch wahrnehmen, ist sehr bedauerlich, aber eine Schande ist es, wenn Arbeiter mit Wissen auf die tariflich festgelegten Löhne verzichten. Die Folge dieses unverständigen Handelns ist, daß die Agitation auf den Arbeitsstellen in die Brüche geht und vollständig vernachlässigt wird. Der Indifferenzismus greift weiter um sich, die Kollegen können ihn später nicht mehr beherrschen. Das schlimmste aber ist, daß in solchen Fällen die Kollegen unbewußt die Erfolge der kommenden Lohnbewegungen und die Neuabschlüsse von Tarifverträgen hemmen. Wir organisierten Bauarbeiter sollten doch alle heute, wo wir den Krieg mit allen seinen Folgeerscheinungen am härtesten fühlen, von dem Gedanken besetzt sein, bei der kommenden Lohnbewegung einen Erfolg zu erzielen, der uns den materiellen Schaden nicht mehr so brüchend empfinden läßt. Nur durch strammes Durchhalten und treue Mitarbeit dem Verbands gegenüber, sowie eine für uns Arbeiter notwendige zierbewußte Konjunktur- und Steuerpolitik wird es den Arbeitern ermöglicht, ihre wirtschaftlichen Vorteile für die Zukunft zu sichern.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

- Franz Erkens aus Gills. Verwaltungsstelle Krefeld.
- Johann Wiebraney. Verwaltungsstelle Essen.
- Wilh. Plothe. Zahlstelle Seeburg.
- Joh. Wichers aus Bredenborn. Verwaltungsstelle Bochum.
- Jos. Offentopp aus Neuhof. Verwaltungsstelle Hildesheim.
- Franz Müller aus Friedberg.
- Wilsons Weikhaupt aus Esferdingen. Verwaltungsstelle Augsburg.
- Friedrich Meier. Zahlstelle Öhren.
- Eduard Rexhausen aus Bengernhagen. Verwaltungsstelle Hannover.
- Karl Böhme. Zahlstelle Dortmund, Maurer.
- Theodor Kroll. Zahlstelle Broschütz, D.-Schl.
- August Kolbe. Zahlstelle Floh.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 1010 brave Kollegen entzissen.

Am 26. Juni starb unser treuer Kollege Jos. Schwall an Blutsturz. Zahlstelle Dagland. Ihre seinem Andenken.

1910 abermals zehn Wochen opferte, ohne von den Tausend und aber Tausend kleinen Kämpfen, die jahraus, jahrein von uns geführt werden mußten, zu reden? Haben nicht auch unsere Drückberger und Laumannler die Erfolge mit eingeheimst? Gleichen sie nicht den Drohnen, welche sich von der Arbeit und dem Schweige anderer nähren? Auch der Rückgang der Arbeitsmöglichkeit ist bei den heutigen Zuständen im deutschen Wirtschaftsleben, vor allem im Baugewerbe, nicht zu befürchten. Wir Daheimgebliebenen, die wir die Verbandsfrage auch während des Krieges hochhalten, sind fest davon durchdrungen, daß wir zur Ehre der draußen im Felde Stehenden durchhalten werden, sind aber auch davon überzeugt, daß keine Mühe und Arbeit gescheut werden darf, bis die Drückberger und Launen wieder bis auf den letzten Mann in unsere Reihen gebracht sind. Die alte Bauarbeiterbewegung ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen, die auch im gegenwärtigen Kriege ihre Wahrheit bewährt, soll unser Leitstern sein. Ein Kollege.

Auhort. Am 13. Juni fand zum ersten Male seit der Mobilmachung eine gubeachtete Mitgliederversammlung statt. Die private Veranstaltung ruhte fast vollständig im letzten halben Jahre 1914. Eine größere Anzahl Wohn- und Geschäftsbauten blieb liegen, etwa drei bis vier wurden in diesem Jahre fertiggestellt. Eine besse industrielle Arbeitslosigkeit herrschte auf den industriellen Werken der Gatte Hütte und den Rhein. Stahlwerken. Allen Arbeitern ist wohl bekannt, daß auf diesen Werken Arbeiter, welche das 40. Lebensjahr zurückgelegt hatten,

Bücherschau

Bauführung und Veranschlagen bei Ingenieurbauten. Ein Leitfaden für Studium und Praxis von Dr.-Ing. Hans Nische. Gr. 8°. 172 Seiten u. 24 Abbildg. im Text u. 49 Abbildg. auf 8 Tfm. Verlag von G. A. Ludwig Neuner, Leipzig. Kart. 3,40 M. Zur Einführung in die Materie des Veranschlagens und der Kalkulation seiner Bauwerke dürfte wohl dem Tiefbautechniker, Architekten und Baumeister, wie Bauherrn, kein besserer Aufschluß gebender Ratgeber dienen, als wie das vorliegende soeben erschienene Buch.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Augsburg. Ausschneiden! Aufbewahren! Ab 25. Juni befindet sich unser Verbandsbureau Ostmarkt D 71 I. Telefonruf 2637. Bureaustunden werktags von abends 6-1/2 Uhr, Sonntags vorm. von 10-12 Uhr. Marken- und Zeitungsabgabe an die Kaffierer Samstags ab 6 Uhr. Ab- und Zureisende, Arbeitslose melden sich unter Tags im Kartellbureau.

Gemeinnützige



Deutsche Volksversicherung

des

Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands